



MASSTAB 1:500



Festsetzungen gem. § 9 Abs. 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

1. Geltungsbereich  
2. Art der baulichen Nutzung  
2.1 Baugebiet

SIEHE ZEICHNUNG  
Reines Wohngebiet (WR)

2.1.2. Zulässige Anlagen  
2.1.3. Ausnahmsweise zulässige Anlagen

Wohngebäude  
Läden und nicht störende Handwerksbetriebe, die zur Deckung des täglichen Bedarfs für die Bewohner des Gebietes dienen, sowie kleine Betriebe des Beherbergungsgewerbes

3. Mass der baulichen Nutzung  
3.1 Zahl der Vollgeschosse  
3.2 Grundflächenzahl  
3.3 Geschossflächenzahl  
3.4 Baumassenzahl  
3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen

lt. Plan  
0,4  
lt. Plan  
-  
-

4. Bauweise  
5. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen  
6. Stellung der baulichen Anlagen  
7. Mindestgrösse des Baugrundstückes  
8. Höhenlage der baulichen Anlagen  
(Mass von OK Strassenkante Mitte Haus bis OK Erdgeschoss-Fussboden)

offen lt. Plan  
SIEHE ZEICHNUNG  
SIEHE ZEICHNUNG  
ENTFÄLLT

9. Flächen für überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken  
10. Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken  
11. Baugrundstücke für den Gemeinbedarf  
12. Überwiegend für die Bebauung mit Familienheim vorgesehene Flächen

nach ges. Einweisung sind innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sowie innerhalb des Grenzabstandes gestattet, soweit nicht im Plan anders festgesetzt.  
wie Pos. 9  
ENTFÄLLT  
Gesamter Geltungsbereich

13. Baugrundstücke für besonders bauliche Anlagen, die privatrechtlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe insbesondere solche des Verkehrs bestimmt ist.

ENTFÄLLT  
SIEHE ZEICHNUNG für späteren Strassenausbau  
SIEHE ZEICHNUNG  
Wird im später zu erstellenden Strassenprojekt festgelegt.

14. Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung  
15. Verkehrsflächen  
16. Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluss der Grundstücke an die Verkehrsflächen

lt. Plan  
ENTFÄLLT  
Wird im später zu erstellenden Kanalprojekt festgelegt.

17. Versorgungsflächen  
18. Führung der oberirdischen Versorgungsanlagen und -leitungen  
19. Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen

ENTFÄLLT  
ENTFÄLLT

20. Grünflächen wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport- Spiel-, Zeit- und Badeplätze, Friedhöfe  
21. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen

ENTFÄLLT

22. Flächen für die Land- und Forstwirtschaft  
23. Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit eines Erschliessungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen

ENTFÄLLT  
Vom Grundstück 9 über Grundstück 6 entlang der westlichen Grundstücksgrenze

24. Flächen für die Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen  
25. Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren, räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit oder der Gesundheit erforderlich sind

ENTFÄLLT  
ENTFÄLLT

26. Die bei einzelner Anlage, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder erheblich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhalten Schutzflächen und ihre Nutzung  
27. Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern  
28. Bindungen für Bepflanzung und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern

ENTFÄLLT  
nicht festgesetzt  
nicht festgesetzt

Aufnahme von  
Festsetzung über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen aufgrund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der zweiten Verordnung zu Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABI. S. 293)

Gestaltungsvorschriften

Dachneigungen für die Häuser  
11 bis 14 = 0 bis 24°  
für die Häuser 1 bis 10 u. 15-19 = 23 bis 35°

Kennzeichnung von Flächen gem. § 9 Abs. 3 BBauG.

1. Flächen, bei denen Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind ENTFÄLLT
2. Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind ENTFÄLLT
3. Flächen, unter denen der Bergbau umgeht ENTFÄLLT
4. Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind ENTFÄLLT

Aufnahme von

Festsetzung über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmälern aufgrund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der zweiten Verordnung zu Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABI. S. 293)

Festsetzung durch Planzeichen

Art der baulichen Nutzung

(WR) Reines Wohngebiet § 3 BauNVO

Maß der baulichen Nutzung § 9, Abs. 1 Nr. 1a BBauG sowie § 16 Abs. 2 und § 17 BauNVO

II Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze  
GRZ 0,4 Grundflächenzahl  
GFZ ZI = 0,6 Geschossflächenzahl  
GFZ ZII = 0,8

Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 1b BBauG und §§ 22 und 23 BauNVO)

offene Bebauung vorhandene Grundstücksgrenze  
Baulinie vorgeschlagene Grundstücksgrenze

Baugrenze

Verkehrsfläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 3 BBauG)

- Strassenverkehrsfläche
- späterer Strassenausbau
- Fahrbahn
- Rambord
- Gehweg
- Strassenbegrenzungslinie
- Weg, befahrbar
- Öffentliche Parkflächen
- V S E - Trafostation
- Grenze der räumlichen Geltungsbereiche des Bebauungsplanes (§ 9 Abs. 5 BBauG)
- Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zu belastende Fläche (§ 9, Abs. 1 Nr. 11 BBauG)

DGL BEBAUUNGS-PLAN M. 1:500

für die Gemeinde

ALTFORWEILER

für das Gebiet

PRIMENGARTEN

Planungsstand: 1.8.1973

DGL DEUTSCHE BAUERNSIEDLUNG DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR LANDENTWICKLUNG GmbH

66 SAARBRÜCKEN, FELDANNSTR. 26

1. Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die baulichen Anlagen sowie Strassen, Wege und Plätze vollständig nach.  
Die Festlegung der städtebaulichen Planung ist geometrisch eindeutig.

2. Der Gemeinderat hat die Aufstellung des Bebauungsplanes gem. § 2 Abs. 1 BBauG beschlossen am 18.8.72

3. Der Gemeinderat hat den Entwurf gem. § 2 Abs. 6 BBauG (zur öffentlichen Auslegung) beschlossen am 18.8.73

4. Die Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung mit Angabe von Ort und Dauer und dem Hinweis, dass Bedenken und Anregungen nur während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können, erfolgt am 21.9.73

5. Die öffentliche Auslegung des Entwurfes mit Begründung auf die Dauer von mindestens einem Monat erfolgte gem. § 2 Abs. 6 BBauG vom 18.10.73 bis 2.11.73

6. Als Satzung vom Rat der Gemeinde aufgrund der §§ 2 Abs. 1 und 10 BBauG vom 23.6.1960 (BGB 1. S. 341) sowie des § 2 der saarländischen Gemeindeordnung vom 15.11.73

7. Der Bebauungsplan wird genehmigt gem. § 11 BBauG Saarbrücken, den 16.11.73

8. Die Bekanntmachung der Genehmigung sowie Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung dieses Bebauungsplanes mit Begründung erfolgte am 18.11.73 gem. § 12 BBauG ortsüblich durch den Bebauungsplan wurde rechtsverbindlich am 18.11.73

9. Die öffentliche Auslegung des Entwurfes mit Begründung auf die Dauer von mindestens einem Monat erfolgte gem. § 2 Abs. 6 BBauG vom 18.10.73 bis 2.11.73

10. Als Satzung vom Rat der Gemeinde aufgrund der §§ 2 Abs. 1 und 10 BBauG vom 23.6.1960 (BGB 1. S. 341) sowie des § 2 der saarländischen Gemeindeordnung vom 15.11.73

11. Der Bebauungsplan wird genehmigt gem. § 11 BBauG Saarbrücken, den 16.11.73

12. Die Bekanntmachung der Genehmigung sowie Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung dieses Bebauungsplanes mit Begründung erfolgte am 18.11.73 gem. § 12 BBauG ortsüblich durch den Bebauungsplan wurde rechtsverbindlich am 18.11.73

13. Der Bebauungsplan wird genehmigt gem. § 11 BBauG Saarbrücken, den 16.11.73

14. Die Bekanntmachung der Genehmigung sowie Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung dieses Bebauungsplanes mit Begründung erfolgte am 18.11.73 gem. § 12 BBauG ortsüblich durch den Bebauungsplan wurde rechtsverbindlich am 18.11.73

15. Der Bebauungsplan wird genehmigt gem. § 11 BBauG Saarbrücken, den 16.11.73

16. Die Bekanntmachung der Genehmigung sowie Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung dieses Bebauungsplanes mit Begründung erfolgte am 18.11.73 gem. § 12 BBauG ortsüblich durch den Bebauungsplan wurde rechtsverbindlich am 18.11.73

17. Der Bebauungsplan wird genehmigt gem. § 11 BBauG Saarbrücken, den 16.11.73

18. Die Bekanntmachung der Genehmigung sowie Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung dieses Bebauungsplanes mit Begründung erfolgte am 18.11.73 gem. § 12 BBauG ortsüblich durch den Bebauungsplan wurde rechtsverbindlich am 18.11.73